

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 8

Artikel: Die deutsche Frage
Autor: Ritter, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159205>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die deutsche Frage

Von Rudolf Ritter

Es gibt wieder eine deutsche Frage in Europa. Sie wird beim künftigen Friedensschluß auf eine Art gelöst werden müssen, die einige Dauer verspricht. Ein Unruheherd mitten in Europa wäre für den Weltfrieden noch viel gefährlicher als einer auf dem Balkan. Man kann ein Volk von mehr als sechzig Millionen Menschen nicht wohl physisch vernichten. Man darf es nicht jahrelang der Verzweiflung überlassen, wenn man nicht will, daß es zu wilden Ausbrüchen und schwer heilbaren Schäden kommt. Vernünftigerweise wird man die Deutschen als Gleichberechtigte in die europäische Völkergemeinschaft eingliedern, sie aus gefährlichen Nachbarn zu guten machen müssen. Das geht nicht mit Zwang. Wirksam kann es nicht ohne den guten Willen der Deutschen geschehen. Wenn man aber auf die freiwillige Mitarbeit Deutschlands beim Wiederaufbau Europas Wert legt, ja legen muß, dann wird man bei der Lösung der deutschen Frage nicht Haß und Rache, sondern Vernunft, Gerechtigkeit, Verständnis und Mitgefühl sprechen lassen. Man soll an niemandem verzweifeln. Dieser Grundsatz, den ein Kirchenvater für die Behandlung der Schwerverbrecher aufgestellt hat, muß erst recht für ein Volk gelten, das entgegen einer heute lärmend auftretenden Propaganda durchaus nicht aus lauter Schwerverbrechern besteht.

I.

Die deutsche Frage ist die der politischen Ordnung des deutschen Volkes. Die Bildung eines deutschen Nationalstaates wurde durch die Übernahme des römischen Reichsbegriffs auf die deutschen Verhältnisse verzögert und erschwert. Das römische Reich war kein Nationalstaat, sondern eine Staats- und Rechtsgemeinschaft. In der Idee vom „Heiligen römischen Reich deutscher Nation“ steckt bereits, durch christliche Auffassungen verbrämt und gemildert, sowohl der Gedanke eines deutschen Herrenvolkes wie die Aufgabe der Ordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft. Unter den Habsburgern des 16. Jahrhunderts erweiterte er sich zur Vorstellung einer spanisch-österreichischen Weltmonarchie. Sie wurde schwer erschüttert durch den Sieg der englischen Flotte über die spanische Armada (1588) und den Westfälischen Frieden von 1648 und endgültig begraben durch den Sieg des revolutionären französischen Nationalstaates über das längst im Todeskampfe liegende alte Deutsche Reich, das 1804 seine Auflösung beschloß. Nun erst tauchte die deutsche Frage, die nach der Gründung eines deutschen Nationalstaates, auf. Ihre Lösung war aber inzwischen durch das Aufkommen von zwei Großmächten in Deutschland, Preußen und Österreich, schier unmöglich geworden. Bismarck durchhieb den Knoten auf seine Weise, indem er Österreich aus Deutschland ver-

drängte und in Kleindeutschland das Königreich Preußen zur führenden Macht erhob.

Preußen umfaßte nach seinen Eroberungen von 1866 an Umfang und Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Deutschen Reichs. Mit seinen Bodenschätzen, Eisenbahnen, schiffbaren Flüssen, Kanälen, Seehäfen und seiner Schwerindustrie gab es wirtschaftlich den Ausschlag. Preußens ruhmbedecktes Heer mit seinem Generalstab, seinem Korpsgeist wurde im ganzen Bismarckischen Reich das Maß aller Dinge. Der preußische Ministerpräsident war zugleich Kanzler des Deutschen Reichs. Die preußischen Minister wurden ebenso wie der Kanzler und die Staatssekretäre des Reiches vom König von Preußen und Deutschen Kaiser ernannt und entlassen, sie waren nur ihm, nicht dem Parlamente verantwortlich. Die Reservatrechte der süddeutschen Staaten, die sich diese bei der Reichsgründung vorbehalten hatten, verloren von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Preußen war Trumpf in Deutschland, der Preußengeist durchdrang und veränderte das deutsche Wesen, an dem nach einem Worte Wilhelms II. die ganze Welt genesen sollte. Dieser Geist aber war kriegerisch, durch große äußere Erfolge überheblich, nicht selten übermütig und anmaßend. Das forschende preußische Draufgängertum forderte gern die ganze Welt in Schranken. Der „Geist von Potsdam“ war geschichtlich und soziologisch bedingt.

Preußen östlich der Elbe ist deutsches Kolonialgebiet, das in Jahrhunderten währenden Kämpfen den Slawen und Litauern abgerungen wurde. Die Kolonisation war nicht friedlich-bäuerlich, wie die der Thüringer in Obersachsen, Nordböhmen und Schlesien, der Bayern in Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain, der Walser in der Ostschweiz. Dem deutschen Bauern und Handwerker ging östlich der Elbe der adelige Ritter voran, der die fremdstämmigen „Heiden“ teils ausrottete, teils in Leibeigenschaft zwang und sie als minderwertige Rasse behandelte. Noch im 18. Jahrhundert durfte im deutschen Osten kein „Wende“ eine deutsche Bürgers-tochter heiraten, und gegen Diensthoten wurde unbedenklich die Prügelstrafe angewandt. Die überragende Stellung der Offizierskaste aber geht aus der drastischen Schilderung des Freiherrn von Schön über eine Reise in Schlesien aus dem Jahre 1797 hervor:

„Mit Devotion wurden dann die Herren Offiziere von den Gatten und Vätern der ohne jedes Geheimnis benutzten Frauen und Töchter der Bürger anderen Morgens begrüßt.“

Das preußische Offizierskorps setzte sich bis in die neueste Zeit überwiegend aus Adelligen zusammen. Es waren meist nachgeborene Söhne des Grundadels, die infolge des herrschenden Fideikommißwesens gezwungen waren, in den Heeresdienst zu treten und sich dort ihr Auskommen, wenn immer möglich Ruhm und Ehre zu suchen. Dazu boten die preußischen Könige, bei denen es für Schande galt, wenn einer sein Reich nicht durch neue Eroberungen vergrößerte, gute Gelegenheit. Ihre Kriege wurden geschlagen und gewonnen durch die Mitglieder alter Offiziersgeschlechter,

die im Frieden arm und selbstlos ihrer Pflicht lebten und im Kriege den Tod auf dem Schlachtfeld als selbstverständliches Schicksal betrachteten.

Ihre reichen Verwandten aber, die adeligen Fideikommißinhaber, die „preußischen Junker“, bestimmten die preußische und später auch die deutsche Politik. Es waren einige tausend Familien, von denen einzelne bis zu hundert Rittergüter besaßen. Sie hatten im 19. Jahrhundert ihren Grundbesitz durch die sogenannte Bauernbefreiung noch um eine Million Hektar Bauernland vermehren können. Die Bauern mußten nämlich bei der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Bodenzinse ihre bisherigen Grundherren in Land entschädigen. Der verbleibende bäuerliche Zwerghetrieb ließ sich oft nicht mehr halten, und die „befreiten“ Bauern wanderten in die aufkommende Industrie nach Westdeutschland ab. Man kann heute östlich der Elbe stundenlang im Schnellzug fahren, ohne ein Bauerndorf zu Gesicht zu bekommen. Freie Bauerngemeinden gab es kaum, die Bauern gehörten zu einem Gutsbezirk, dessen Vorsteher der Gutsherr war. Auch die Ämter des Landrats, des Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten wie die Ministerien waren in Preußen fast ausschließlich vom Adel oder doch von Geadelten besetzt. Wohl war im Jahre 1848 auch in Preußen das Bürgertum politisch erwacht. Aber zuletzt wurden die Demokraten von Soldaten zu Paaren getrieben, und im neuen Deutschen Reich verstand es Bismarck, dem Großbürgertum als Ersatz für seinen fehlenden politischen Einfluß einen ungeheuerlichen wirtschaftlichen Aufschwung zu verschaffen. Unter Kaiser Wilhelm II. wurde dann aus dem deutschen Durchschnittsbürger, der 1848 auf die Barrikaden gestiegen war, ein zahmer Hofgänger, der aus der Hand seines „gnädigen“ Königs und Kaisers mit tiefen Bücklingen klingende Orden und Titel entgegennahm. Das preußische Dreiklassenwahlrecht sorgte dafür, daß Adel und Großbürgertum im preußischen Landtag das Heft in der Hand behielten. Das allgemeine Reichstagswahlrecht aber änderte praktisch an den bestehenden Machtverhältnissen soviel wie nichts. Der aufkommende vierte Stand, die Industriearbeiterschaft, hatte im preußischen Militärdienst stummen Gehorsam gelernt, pflegte nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes unter der Leitung gemäßigter politischer Führer vor allem den Ausbau seiner Organisation und dachte nicht daran, sich durch Bismarcks Lockspitzel zur sinnlosen „Revoluzzerei“ provozieren zu lassen. So konnte sich in Preußen bis zum Ende des ersten Weltkriegs ein Feudal- und Militärstaat erhalten, der in der modernen Welt der Massendemokratie wie ein übrig gebliebener Saurier der Tertiärzeit anmutete. Er wurde um so gefährlicher, als sich mit seinem Grundwesen die Gewalttätigkeit und Unerfüllbarkeit des wirtschaftlichen Imperialismus verband.

Die Revolution von 1918, die allerdings nicht viel mehr als eine Militärrevolte war, schien zunächst auch in Preußen eine neue Zeit heraufzuführen. Zwar tasteten die neuen sozialdemokratischen Gewalthaber den Bestand Preußens nicht an, und auch der Großgrundbesitz blieb aus

ernährungspolitischen Gründen erhalten. Um sich der kommunistischen Revolutionäre zu erwehren, mußten die Sozialdemokraten das alte feudale Offizierskorps — Hindenburg gegen Spartakus — zu Hilfe rufen. Es dachte nach der Niederwerfung der kommunistischen Aufstände nicht daran, sang- und klanglos vom politischen Schauplatz zu verschwinden. Die Siegermächte hatten den großen Fehler begangen, Deutschland ein Berufsheer von allerdings nur 100 000 Mann aufzuzwingen. So konnte der preußische Militarismus in der „unparteiischen“ Reichswehr fröhliche Urstände feiern und darin einen Staat im Staate bilden, der die eigentliche Macht in der Weimarer Republik besaß. Gewiß, Preußen war eine Demokratie geworden, es wurde über ein Jahrzehnt lang von dem hervorragenden preußischen Sozialdemokraten Otto Braun regiert, es gab jetzt zur stillen Wut der Junker jüdische Regierungspräsidenten und katholische Oberpräsidenten, und es wurde im Osten sogar Siedlungspolitik getrieben, die es in den Jahren 1919—1934 zur Errichtung von fast 70 000 neuen Bauernstellen brachte. Aber die Militärfaste konnte sich bereits im Jahre 1920 den Kapp-Putsch leisten, ohne daß in der Folge die aufrührerische Reichswehr aufgelöst wurde. Die junge Republik mußte zwischen der Schlla des Kommunismus und der Charvbbis der Reaktion hindurchsegeln. Nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 stieg nicht nur die Bedeutung der Reichswehr gewaltig, auch die Junker verstanden es, wie vormalis bei Wilhelm II., so jetzt beim republikanischen Reichsoberhaupt ihren politischen Einfluß ausschlaggebend zur Geltung zu bringen. Die Verschiebung der Machtverhältnisse vom Parlament zur Militärfaste zeigte sich dann drastisch beim Staatsstreich in Preußen im Juli 1932, als ein Offizier mit zwei Mann den preußischen Innenminister verhaftete, ohne daß die Arbeiterschaft zu dem beim Kapp-Putsch bewährten Mittel des Generalstreiks griff. Sie zeigte sich in der Zumutung des auf die demokratische Verfassung vereidigten Reichspräsidenten von Hindenburg an seinen Kanzler Dr. Brüning, in Deutschland die Monarchie wieder einzuführen, und zwar nicht die parlamentarische, sondern die absolute Monarchie. Ohne Militärfaste und preußisches Junkertum, das durch Oldenburg-Januschau den Reichspräsidenten von Hindenburg beherrschte, wäre auch der Nationalsozialismus in Deutschland nie an die Macht gekommen. Daß aber umgekehrt auch die alten feudalen Kräfte in Preußen-Deutschland eine Massenbewegung zu Hilfe rufen mußten, um durch sie das deutsche Volk zu beherrschen, war bereits ein Schwächezeichen und das Ergebnis einer zwölfjährigen Erfahrung der alten Mächte in der Weimarer Republik.

Im großen Inflationsjahr 1923 schien die Militärfaste im Bunde mit dem Junkertum und der Schwerindustrie alle Aussicht auf Gewinnung der Staatsmacht zu haben. Damals schon verstand es aber die eben aufgekommene „demagogische“ Gruppe Hitler-Ludendorff, mit den alten Reaktionären, die sich um den Kruppdirektor Minour, den bairischen Generalstaatskommissar von Rahr und die „Schwarze Reichswehr“ geschart

hatten, in Wettbewerb zu treten. Mit der Niederschlagung des Hitlerputsches in München schwang die demokratische Weimarer Republik wieder obenaus. Nunmehr versuchten Junkertum und Schwerindustrie ihr Ziel, die Vernichtung der deutschen Demokratie, auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Es gelang den Deutschnationalen, in den Jahren 1924 bis 1928 im Reich zusammen mit dem katholischen Zentrum zu regieren. In den Maiwahlen 1928 errang jedoch die deutsche Sozialdemokratie wieder einen durchschlagenden Erfolg. Jetzt erkannte die deutsche Reaktion die Unmöglichkeit, ohne große Volksbewegung in den uneingeschränkten Besitz der Staatsgewalt zu gelangen. Sie verbündete sich mit den Nationalsozialisten, die bei den Wahlen von 1928 allerdings nur 12 Reichstagsmandate gegenüber 153 der Sozialdemokraten und 54 der Kommunisten erhalten hatten, aber seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 wegen der riesigen Arbeitslosigkeit in raschem Aufstieg begriffen waren, zur „Harzburger Front“. Die Schwerindustrie lieferte Hitler das erforderliche Geld zur Ausrüstung und zum Unterhalt seiner SA und SS, die Reichswehr bildete diese „paramilitärischen“ Verbände in den Kasernen aus, und die Junker sorgten bei Hindenburg für die ungestörte Betätigung der Gegner der Demokratie. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler gegen das Versprechen, die Monarchie und die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und der Großindustrie die wirtschaftliche Leitung eines zu bildenden Korporationenstaates zu übertragen, zum Reichskanzler ernannt. Der „Staatsakt von Potsdam“ vom 21. März 1933 bildete die Besiegelung des Bündnisses der Nationalsozialisten mit Schwerindustrie, Militärmacht und Junkertum. Ohne diese Stützen wäre die Hitlerherrschaft nach kurzer Zeit kläglich zusammengebrochen.

Mit ihr wird aber bestimmt auch der Führungsanspruch Preußens in Deutschland zu Grabe getragen. Das künftige Deutschland wird, wenn es als einheitliches politisches Gebilde weiter besteht, föderalistisch sein. Preußen wird, auch wenn seine verschiedenartigen Bestandteile als Verwaltungseinheit beisammen bleiben könnten, nach der Entmachtung von Junkertum, Militärkaste und Schwerindustrie für den Weltfrieden keine Gefahr mehr darstellen. Wahrscheinlich aber wird sich eine politische und wirtschaftliche Trennung seiner Provinzen schon durch die Ausscheidung in eine russische und eine englische Besatzungszone ergeben. Es ist wahrscheinlich, daß im Westen die derzeitigen Provinzen Hannover, Westfalen, Rheinland und Schleswig-Holstein selbständige Länder im Rahmen eines deutschen Staatenbundes werden wollen. In dem von den Russen besetzten Ostelbien wird der Großgrundbesitz, wie es sogar das zum großen Teil aus adeligen Offizieren bestehende Moskauer Freiheitskomitee fordert, in Bauerngüter aufgeteilt oder in „Kolkhosen“ verwandelt werden. Wenn die Meldung stimmt, daß kriegsgefangene deutsche Unteroffiziere in Sowjetrußland bereits zu künftigen Zivilbeamten für Ostelbien ausgebildet werden, könnte dort ein Staatsgebilde entstehen, das sich vom

übrigen Deutschland wesentlich unterscheidet und mit ihm nur noch durch die oberste alliierte Militär- und Zivilverwaltung lose zusammenhängt. Gelingt es den Angelsachsen nicht, für alle Besatzungszonen einheitliche Verwaltungsgrundsätze und politische Richtlinien durchzusetzen, so ist es um die künftige deutsche Einheit schlecht bestellt.

Nach Bismarcks Auffassung beruhte die deutsche Einheit auf der Bundestreue der deutschen Fürsten. Diese Anschauung wurde aber durch die deutsche Nationalversammlung von 1919 widerlegt, als trotz der Flucht oder Vertreibung der Fürsten die Vertreter des deutschen Volkes nicht nur den Bund erneuerten, sondern in der Weimarer Verfassung auch einen großen Teil der früheren Zuständigkeit der Länder auf das Reich übertrugen. Die Loslösungsbestrebungen, die in den Jahren 1919—1923 im Rheinland und in Bayern auftraten, hatten vor allem dank der Haltung der deutschen Arbeiterschaft, die unbedingt für die Reichseinheit kämpfte, keinen Erfolg. Die Bewegung der preußenfeindlichen Welsen in Hannover, das im Jahre 1866 von Preußen kurzerhand eingesteckt worden war, war längst im Sande verlaufen. Heute sind infolge des begreiflichen Wunsches, die nationalsozialistische Zwingherrschaft um jeden Preis los zu werden, in manchen Teilen Deutschlands wieder Trennungsbestrebungen entstanden. Aber wenn auch z. B. die Bevölkerung des Rheinlands ihre Selbständigkeit fordert, so denkt sie dabei sicherlich nicht an einen völkerrechtlich selbständigen Pufferstaat, sondern nur an die Lostrennung von Preußen und die Bildung eines eigenen Landes im Rahmen des deutschen Reichs. In Bayern wird in gewissen katholischen Kreisen der Anschluß an Österreich gewünscht. Dieser würde aber von den protestantischen Gebieten in Nordbayern und in der Rheinpfalz aufs schärfste bekämpft werden und die Einheit des Landes Bayern in Frage stellen. Politisch bedeutsam ist es, daß der frühere bairische Kronprinz Rupprecht von Wittelsbach sich auf die Seite der Alliierten gestellt und seine Ansprüche auf den Thron seiner Väter angemeldet hat. Nach seiner Vergangenheit könnte man annehmen, daß er nur die Wiederaufrichtung eines bairischen Königreichs innerhalb eines deutschen Staatenbundes oder Bundesstaates im Auge hat. Vor Aufhebung der alliierten Militärverwaltung wird er wohl kaum Gelegenheit haben, seine Regierung anzutreten, und man darf auch erwarten, daß vorher das bairische Volk über seine Meinung gefragt wird.

Mit der Wiederabtrennung Österreichs vom Deutschen Reich ist nach dem Willen der Alliierten und des ganzen österreichischen Volkes mit Ausnahme seiner Kommunisten zu rechnen. Diese gehen offenbar von der Erwägung aus, daß sie in einem Großdeutschland mehr Einfluß hätten als in Österreich, wo die radikalen Sozialdemokraten sie nicht aufkommen ließen.

Im übrigen werden sich manche Wunschträume nach voller staatlicher Unabhängigkeit in deutschen Ländern wieder verflüchtigen, wenn erst der Schrecken der Hitlerherrschaft und das Kriegselend überwunden sind und

es sich darum handelt, das deutsche Haus auf längere Zeit einzurichten. Die deutsche Einheit wird also zweifellos erhalten werden, wenn das deutsche Volk sie will. Sie mit Gewalt von außen her zu zerstören, würde voraussichtlich sehr bald eine neue deutsche Einheitsbewegung hervorrufen.

II.

Der Weiterbestand eines deutschen Staatswesens hängt davon ab, daß man Deutschland nach dem Kriege nicht seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen beraubt. In dieser Beziehung gibt aber vieles, was bisher über die künftigen Pläne der Alliierten bekannt geworden ist, zu großen Befürchtungen Anlaß. So ist u. a. davon die Rede, das oberschlesische Bergbau- und Industriegebiet dem polnischen Staat als Morgengabe zuzuweisen. Man hat ferner gehört, daß das Ruhrgebiet neutralisiert, ersäuft oder von den Alliierten selbst ausgebeutet werden soll. Das würde ganz in der Richtung des Planes Morgenthau liegen. Der amerikanische Staatssekretär für Finanzen schlug nämlich vor, die deutschen Bergwerke und Industriebetriebe stillzulegen, den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland auch nach einem Waffenstillstand weiterzuführen und es dadurch mit Gewalt wieder in einen Agrarstaat zu verwandeln. Durch ein solches Vorgehen würde allerdings ein unbequemer Konkurrent auf dem Weltmarkt aus dem Wege geschafft werden. Weniger entzückt davon würden wohl die Ausfuhrfirmen in den Vereinigten Staaten selbst, in England, Frankreich und Italien sein, zu deren besten Abnehmern Deutschland früher gehört hat. Deutschland ist im Laufe des letzten Jahrhunderts aus einem Agrarstaat zu einem der größten Industriestaaten geworden; nur mehr rund ein Drittel seiner Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Selbst wenn man östlich der Elbe noch einige Millionen Bauern ansiedeln würde, was erst im Verlaufe von Jahrzehnten möglich wäre, blieben immer noch einige Duzend Millionen Deutsche übrig, die am Hungertuch nagen oder auswandern müßten. „Man kann nur Menschen oder Waren ausführen“. Zudem ist die deutsche Landwirtschaft stark mechanisiert, ihre Erträge müßten ohne Maschinenpark erheblich sinken. Nun ist in den angelsächsischen Ländern das Wort eines Staatsmannes nicht Evangelium. Man darf es ungestraft kritisieren, und in der Tat haben sich gegen den Plan Morgenthau in den Vereinigten Staaten und anderwärts sehr gewichtige Stimmen erhoben.

Die deutsche Wirtschaft wird sich ohnehin, wenn der Krieg noch einige Monate dauert und sich immer mehr auf deutschem Boden abspielt, in einem hoffnungslosen Zustand befinden. Zahllose Betriebsstätten sind bereits zerstört, über zehn Millionen Menschen obdachlos. Die wirtschaftlichen und geistigen Grundlagen des bürgerlichen Lebens in Deutschland, die schon durch die deutsche Inflation schwer erschüttert wurden, werden jetzt gänzlich vernichtet. Die deutsche Währung ist in höchster Gefahr. Während

am Schlusse des ersten Weltkrieges das Deutsche Reich eine Schuld von 158 Milliarden Mark hatte, beträgt sie heute nach amtlichen deutschen Angaben bereits über 320 Milliarden RM. Dazu kommen nach der Meinung von Sachverständigen noch etwa 200 Milliarden RM versteckter Schulden. Das gesamte deutsche Nationalvermögen wurde vor dem Krieg auf höchstens 180 bis 200 Milliarden RM geschätzt. Die Lastenabschüttelung, die zum Aufbau einer neuen Währung erforderlich ist, wird als besitzende Klasse in Deutschland nur noch einen Teil der Bauernschaft übrig lassen.

Die weitgehende Zerstörung allen Privateigentums in den Städten bedingt eine andere Wirtschaftsform. Zwar sind die Nationalsozialisten in der letzten Zeit mit der Anerkennung von Entschädigungsansprüchen der Ausgebombten sehr freigebig gewesen. Sie werden ja kaum mehr in die Lage kommen, ihre Wechsel einlösen zu müssen. Vielmehr ist heute schon klar, daß der Wiederaufbau der Städte und Industrien nur auf der Grundlage einer Planwirtschaft und mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden kann. Die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung nach Nahrung, Kleidung und Wohnung müssen zuerst befriedigt werden. Um genügende Nahrungsmittel hereinzubekommen, wird man alsbald die Ausfuhrwirtschaft wieder in Gang bringen müssen. Dabei stellen die durch den Krieg verwüsteten Länder das Verlangen nach geschulten deutschen Arbeitskräften, die auch in der Heimat dringend benötigt wären. Man stelle sich nun die Erbitterung der vormalig besitzenden Klasse vor, die für ihre ausgebombten Betriebe und Wohnhäuser weder eine angemessene Entschädigung noch neu erbaute Häuser und Industriewerke zu Eigentum erhalten kann! Sie wird nicht dem Kommunismus anhängen, der immerhin noch den Glauben an eine vermeintlich bessere Weltordnung voraussetzt, sondern sie wird nihilistisch sein.

Die nationalsozialistische Propaganda hat es nicht daran fehlen lassen, diese um Hab und Gut gebrachten verzweifelten Menschen auf die zwingenden Folgen eines verlorenen Krieges hinzuweisen. Die besten Waffen hat ihr aber bisher immer die geschwähzige Verkündung der alliierten Kriegsziele geliefert. Gerade der Plan Morgenthau hat den Widerstand breiter Volksschichten in Deutschland, die bereits innerlich kapitulationsreif waren, aufs neue belebt und zur blinden Wut angestachelt. Die berühmten vierzehn Punkte Wilsons, in denen Deutschland ein vernünftiger Friede in Aussicht gestellt und damit noch eine Hoffnung geblieben war, haben den ersten Weltkrieg wesentlich abgekürzt. Der Plan Morgenthau hat den zweiten auf unbestimmte Zeit verlängert. Man sieht — auch die politische Weisheit ist zwischen den beiden Weltkriegen nicht größer geworden. Übrigens sollte man sich hüten, den letzten noch einigermaßen vernünftigen Deutschen im Reich zum Antisemiten zu machen. Doch das gehört bereits zur Frage der deutschen Sühne und Wiedererziehung.

III.

Der Nationalsozialismus stellt letzten Endes eine geistige Erkrankung des deutschen Volkes dar. Rauschning mag recht haben, daß die führenden Nationalsozialisten nicht an ihre eigene Weltanschauung glauben, sondern kalt rechnende politische Geschäftemacher sind, die zündende Schlagworte in das Volk werfen, um höchst eigennützige Zwecke zu verfolgen. Aber kein Augurenlächeln kann darüber hinwegtäuschen, daß die große Menge zu allen Zeiten ihre Auguren samt verlogenen Lehr- und Glaubenssätzen ernst genommen hat. Worin besteht nun dieser nationalsozialistische Glaube, der nach der Meinung mancher Kenner für viele Deutsche eine Art Religionsersatz geworden ist? Es ist nicht ganz einfach, einen Köhlerglauben auf seine wesentlichen Bestandteile zurückzuführen.

Der Nationalsozialismus ist ein Gemisch von Antisemitismus und politischer und wirtschaftlicher Romantik, das durch groteske Geschichtsfälschungen und fanatische Verhegung zu einer gewalttätigen Pseudoreligion zusammengeschweißt wurde. Den Antisemitismus hat Hitler aus Österreich eingebracht. Er fand in den besonderen bayerischen Verhältnissen nach der Niederwerfung der kommunistischen Räterepublik und nach dem in Bayern geglückten Kapp-Putsch einen fruchtbaren Boden. Bezeichnenderweise hat er aber in Deutschland nie zu einem spontanen Pogrom blutwütiger Volksmassen geführt. Der systematische Vernichtungsfeldzug gegen die Juden wurde vielmehr von oben geleitet.

In der politischen Romantik flossen alter, durch Richard Wagner wieder erweckter Wodansglaube, mittelalterliche Vorstellungen vom Heiligen römischen Reich deutscher Nation, Nießsches mißverständene Lehre vom Übermenschen und Herrenrecht, Wunderglaube an die Sendung des deutschen Menschen in der Welt, der Kult Friedrichs des Großen und die Bismarcklegende und der uralte Wahn vom tausendjährigen Reich in einen aufstachelnden Sektantentrank zusammen. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß es sich um die krause Vorstellungswelt krankhafter oder unreifer und halbgebildeter Menschen handelt. Auf ähnlich unsicheren, schwankenden Grundlagen ist auch das wirtschaftliche Ideal der Nationalsozialisten gebaut: „Blut und Boden“ gehören der Bauernromantik an; die Aufteilung der großen modernen Warenhäuser an kleine Gewerbetreibende und die Brechung der Zinsknechtschaft sind kleinbürgerliche Vorstellungen; Bierabende des Unternehmers mit seinen Arbeitern kitzeln den nicht klassenbewußten Arbeiter, der „auch ein Mensch sozusagen“ sein will. Alles das wurde als funkelnagelneuer Nationalsozialismus ausgegeben und besonders von Kleinbürgern und halbgebildeten „Stehfragenproletariern“, die sich gegen den Absturz ins Proletariat wehrten, begierig aufgenommen. Träger des Nationalsozialismus wurden tatsächlich zuerst die Halbgebildeten in Stadt und Land, die unorganisierten Arbeiter und das Lumpenproletariat der Großstädte, die kleinen Angestellten und Beamten, die in ihrer Lauf-

bahn stecken geblieben waren, die in der Inflation verarmten Kleinrentner, die von den Verbrauchergenossenschaften bedrängten kleinen Krämer und Metzger, die von Kirche und Staat gedrückten Volksschullehrer und endlich alle im Leben Gescheiterten oder zu kurz gekommenen, die verkannten Künstler (wie Hitler selbst), die zahlreichen ehemaligen Offiziere, die nach 1919 sich im bürgerlichen Leben nicht mehr zurecht fanden, die ewigen Arbeitslosen, die einmal die „anderen“ hinauswerfen und sich in ihre „fetten Pfründen“ hineinsetzen wollten. Alle diese Leute schwärmten für einen starken Staat, für Militarismus und Flottenverein und vielfach aus Konkurrenzgründen auch für die Rassentheorie. Hier war es ein rachsüchtiger Glückshuster, der Hochstapler spielen wollte, dort ein zum Halbgott aufgeblähter Magister oder ein rasender Feldwebelleutnant des ersten Weltkriegs, meist Leute, die ein in ihrem Unterbewußtsein festgehaftes Minderwertigkeitsgefühl loszuwerden suchten, indem sie Furcht und Schrecken verbreiteten. Der geprüfte Steuersekretär zu Pferd als Kommandant eines Konzentrationslagers — das ist in einem Symbol das nationalsozialistische Reich.

Es ist der Menschentypus, der unfähig ist, seine Meinung mit Gründen zu belegen, und sie deshalb, wie Ortega y Gasset sagt, immer mit Gewalt durchsetzen will, die er als *prima*, nicht als *ultima ratio* betrachtet. Gerechtigkeit und Vernunft sind ihm spanische Dörfer, Widerspruch wird nicht geduldet. Er handelt, als gäbe es auf der ganzen Welt nur ihn und seinesgleichen. Er will in alles hineinreden und ohne Bedenken, Überlegungen und Vorbereitungen seine banalen Ansichten durchsetzen. Er hat das Zeitalter des gefühlsmäßigen „Ergreifen- und Mitgerissenseins“ heraufbeschworen. An die Stelle klarer Vernunft sind blinde Leidenschaften und Gefühlsräusche getreten, billige leere Redensarten oder irgend ein Mythos, der Tatsachen durch Wunschbilder, das Vertrauen von Mensch zu Mensch durch Wunderglauben verdrängt. Als Staatsbürger geben sich diese Leute zu willenlosen Werkzeugen für fremde Zwecke her, es wird blind gehorcht und gar nicht mehr gefragt, wem und warum.

Bei der Abwehr der Herrschaft dieser geistig Halbwüchsigen hat die gebildete Schicht Deutschlands völlig versagt. Ja, Wissenschaftler vom Schlag eines Carl Schmitt, der die Anwendung der Freund-Feindtheorie auf die Innenpolitik, die Vernichtung des unterlegenen politischen Gegners als höchstes Gebot politischer Weisheit lehrte, haben an der Untergrabung der bürgerlichen Vernunft entscheidend mitgewirkt. Der größte Teil der deutschen Intelligenz hat in voller Erkenntnis der Unzulänglichkeit der neuen Herren den Erfolg angebetet und sogar die sonderbaren Stilblüten in Hitlers Buch „Mein Kampf“ als der politischen Weisheit und literarischen Kunst letzten Schluß gepriesen. Auch die Kirchen haben völlig versagt. Die katholische Kirche schloß unter dem verhängnisvollen Einfluß des deutschen Prälaten und Zentrumsführers Dr. Kaas und mit voller Billigung des jetzigen Papstes trotz Judenverfolgung und Konzen-

trationslagergreueln mit dem Nationalsozialismus ein Reichskonkordat ab und machte ihn dadurch hoffähig. Die katholische Zentrumspartei, die schon im Sommer 1932 die Bildung einer Reichsregierung mit den Nationalsozialisten angestrebt hatte, stimmte im März 1933 geschlossen für das Ermächtigungsgesetz. Deutsche Bischöfe ließen sich von Göring zu preußischen Staatsräten ernennen. Die protestantischen Landeskirchen aber, die schon in der Wilhelminischen Zeit infolge der Vereinigung des Obersten Kirchenhauptes mit der Person des Landesfürsten oft einem blinden Nationalismus ergeben waren, huldigten jetzt freudig dem Nationalsozialismus und gaben in der Vereinigung der „deutschen Christen“ die Grundlehren des Christentums preis. Erst als der nationalsozialistische totale Staat seine Ansprüche auf das kirchliche Leben ausdehnte, fanden sich die Kirchen beiderlei Bekenntnisses zu dem Satze zurück, daß man Gott mehr als den Menschen gehorchen müsse.

Wenn man den Nationalsozialismus ausrotten will, muß man seine Lehren auch aus den Köpfen jener Deutschen herausbringen, in denen sie heute noch haften. Als Mittel dazu stellen sich die Alliierten zunächst die Einrichtung einer eigenen Militärverwaltung vor. Die schlimmen Erfahrungen, die man in früherer Zeit mit solchen Militärregierungen machte, sind heute völlig vergessen. Nach dem amerikanischen Sezessionskrieg von 1861—64 setzten die Nordstaaten in den besiegten Südstaaten eine solche Militärverwaltung ein. Sie währte zwölf Jahre. Über ihre Erfolge kann man in der Schweizer Ausgabe der Geschichte der USA von Allan Nevins nachlesen:

„Schließlich wurde aus den Wählermassen dieser Farbigen, der armen Weißen und von aus dem Norden herbeigekommenen „Glücksjägern“ systematisch Nutzen gezogen, um im Süden neue Staatsregierungen einzusetzen. Diese Neger- und Glücksjägerregierungen sind wohl das Hanebüchenste, was je in einem englisch sprechenden Lande vorgekommen ist . . . Eine Zeitlang war der ganze Süden in heller Verzweiflung. Aber nicht lange. Allmählich setzten die anständigen Weißen es durch, sich selbst regieren zu dürfen. Teilweise mußten ihnen Gewalt und Einschüchterung dazu verhelfen. Sie schufen den Ku Klux Klan, der viele Glücksjäger veranlaßte, wieder nach Norden zu verschwinden, und die verängstigten Neger von den Wahlurnen wegscheuchte. Das Endergebnis war, daß die Negerbevölkerung in ihrem Einfluß gehemmt und geschwächt wurde, während man den gesamten Süden der demokratischen Partei in die Arme trieb.“

Der erzieherische Ehrgeiz der Angelsachsen will sich nicht damit begnügen, in den besetzten Gebieten Deutschlands durch eine Militärverwaltung die äußere Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern er will das deutsche Volk „umerziehen“. Es soll ein nichtdeutscher Hochkommissar für Erziehung eingesetzt werden, der mit seinen Gehilfen und Aufsichtsbeamten, die mit dem deutschen Erziehungswesen und der deutschen Geisteshaltung vertraut sind, als Bindeglied zwischen dem Besatzungsheer und den deutschen Erziehungsbehörden seines Amtes waltet. Presse, Radio, Film, die Tätigkeit der Gewerkschaften, das Versammlungswesen und das

gesamte politische Leben, aber auch die Lehrpläne der Schulen und Universitäten sollen von den Alliierten überwacht werden.

Zur Begründung dieser außerordentlichen Maßnahmen wird angeführt, daß diese Einrichtungen samt und sonders Werkzeuge zur Verhinderung der Durchführung des Versailler Vertrages und der Brechung des Friedens gewesen seien. In den von der englischen Gesandtschaft in Bern herausgegebenen „British Press News and Comment“ wird weiter behauptet, daß die Ausschaltung liberaler Professoren an den deutschen Hochschulen in der Regierungszeit Wilhelms II. begonnen habe und in der Weimarer Republik auf die höchstmögliche Spitze getrieben worden sei (!). Es wäre wirklich wissenswert, wer den Angelsachsen diesen Mist auf den Karren geladen hat. Selbstverständlich ist in der Weimarer Republik (1919—1933) keinem „liberalen“ Professor auch nur ein Haar gekrümmt worden. Es gab sogar einige sozialdemokratische Professoren. Leider erlaubte man aber wegen der verfassungsmäßigen Lehrfreiheit den deutsch-nationalen Universitätsprofessoren, hemmungslos gegen die Republik und ihre Staatsmänner zu hetzen. Hoffentlich verdammt man die Weimarer Republik nicht deshalb in Grund und Boden, weil sie der Auffassung im Wege steht, daß alle Deutschen von Grund auf böse, verderbt, kriegerisch und unverbesserlich und daher in Bausch und Bogen zu verurteilen seien. Wenn man das ganze deutsche Volk als eine Horde von Verbrechern hinstellen und demgemäß behandeln will, so soll man das offen sagen und nicht unsinnige Behauptungen aufstellen, die bei jedem ehrlichen Menschen in der Welt nur Zorn und Entrüstung hervorrufen müssen. *Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi.* Daß ein besiegtcs Volk die Folgen seiner falschen Führung zu tragen hat, ist zu allen Zeiten rechtens gewesen. Bei den Nordgermanen hat man, wenn etwas schief ging, den erzürnten Göttern den eigenen König geopfert. Das deutsche Volk wird sich seiner nationalsozialistischen Führer zu entledigen haben. Darüber hinaus das ganze Volk zur Verzweiflung zu treiben, hat mit Gerechtigkeit nichts mehr zu tun.

IV.

Um die Bestrafung des ganzen deutschen Volkes für die Verbrechen des letzten Jahrzehnts zu rechtfertigen, hat man eine „Kollektivschuld“ erfunden. Mit diesem Begriff ist jedoch, wenn man auf dem Boden des Rechtes bleibt, recht wenig anzufangen. Er ist nur ein billiges Mittel, um Menschengruppen und Klassen für die Untaten Einzelner büßen zu lassen. Jede Schuld ist Vorsatz oder Fahrlässigkeit. Wer durch tatenloses Zuschauen bei Verbrechen eine Rechtspflicht verletzt, macht sich ebenfalls strafbar. Andererseits ist eine Tat straflos, wenn sie jemand begeht, um Leben, Freiheit, Leib, Ehre und Vermögen aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr zu retten, falls die Gefahr vom Täter nicht verschuldet ist und ihm den Umständen nach nicht zugemutet werden konnte,

das gefährdete Gut preiszugeben. Die bloße Anführung dieser Rechtsregeln zeigt schon, wie schwierig es ist, andere Personengruppen in Deutschland als die eigentlichen Anstifter und Machthaber für die unerhörten Greuel-taten der letzten Jahre verantwortlich zu machen. Zwar wird von eng-lischer Seite behauptet, das „andere Deutschland“ sei eine Selbsttäuschung, das gesamte deutsche Volk habe Hitler bei Ergreifung der Macht unterstützt, die schrecklichen Greuel-taten gegen die Juden und die Bevölkerung der besetzten Gebiete gebilligt und Hitler an der Macht erhalten. Die ge-schichtliche Wahrheit ist anders. Das Ergebnis der letzten freien Reichs-tagswahl vom 5. März 1933 ist zwar schon durch das Verbrechen des Reichs-tagsbrandes und die Wahlfälschungen in Norddeutschland beeinflusst, wo die Nationalsozialisten bereits die Macht an sich gerissen, ihre SA und SS zur Hilfspolizei gemacht, die sozialistische und kommunistische Presse un-terdrückt und die Versammlungen dieser Parteien verboten hatten. Trotz-dem erreichten die Nationalsozialisten keine Mehrheit, erst zusammen mit den Stimmen der Deutschnationalen ergaben sich für die Reichsregierung 53 %. Dazu kommt, daß zahlreiche Wähler der nationalsozialistischen Liste keine Nationalsozialisten, sondern nur der Meinung waren, man müsse den ungeduldig drängenden Anhängern Hitlers, die Allen alles verspra-chen, einmal Gelegenheit geben, ihre Regierungskünste zu zeigen, man könne sie ja hernach, wenn sie sich nicht bewährten, wieder wegwählen. Das erwies sich allerdings als Irrtum, denn die Nationalsozialisten be-haupteten die einmal gewonnene Herrschaft mit Gewalt.

Die zahllosen Opfer in den Konzentrationslagern, die Bluturteile der Sondergerichte und die gesamte nationalsozialistische Schreckensherr-schaft beweisen, daß in Deutschland immer eine Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus vorhanden war. Die Angelsachsen können freilich nicht begreifen, daß man, auch wenn man will, eine Zwingherrschaft nicht immer beseitigen kann. Man braucht aber nur an das Beispiel des tyrannischen Gouverneurs Huey Long von Louisiana zu erinnern, der sich eine Leibgarde schuf, mit ihrer Hilfe die Macht behauptete und nur durch ein Attentat beseitigt werden konnte. Wenn eine Partei alle leitenden Stellungen im Staate, die gesamte Wehrmacht und Polizei in der Hand hat, über schwer bewaffnete Schutzgarden verfügt, durch ihre Geheimpolizei und durch Blockwarte und Lockspitzel die Bürger auf Schritt und Tritt bewachen läßt, während die Gegner des Systems unbewaffnet sind, dann ist es wahrlich kein Wunder, daß man die Ketten nicht ab-schütteln kann. Flugzeugbomben und Panzerwagen hält keine Barrikade stand.

Es ist einfach nicht wahr, daß das ganze deutsche Volk mit dem Krieg einverstanden war. Die spontanen Freudeausbrüche über die Erhaltung des Friedens in München anläßlich der dortigen Konferenz im Septem-ber 1938 beweisen das Gegenteil. Dabei hatte damals schon eine fünf-jährige Propaganda die Staatsbürger verwirrt. Aber hätte im Jahre 1939

das deutsche Volk darüber zu entscheiden gehabt, ob es Krieg oder Frieden wolle, so hätte es sich wie jedes andere Volk der Erde mit übergroßer Mehrheit für den Frieden entschieden. Es fand allerdings eine Abstimmung über den Krieg im Sportpalast in Berlin statt, die sich für den Krieg gegen Polen entschied — das waren die Amtswalter der nationalsozialistischen Partei, und die hatte man sorgfältig gesiebt, um zu einer einstimmigen Meinung zu gelangen.

Es ist ferner nicht wahr, daß das deutsche Volk die zahllosen Greuel-taten der letzten Jahre gewußt und gebilligt habe. Es hat von ihnen keine sichere Kenntnis erhalten oder die Gerüchte darüber nicht geglaubt. Zahlreiche Soldaten, die gezwungen mitmachten, sind dem Irrsinn verfallen. Die Entmenschten aber, die sich an Blut und Martern berauschten, sind das Ergebnis einer niederträchtigen Erziehung zu Mord und Gewalt. Im Jahre 1918, als durch die Revolution alle Bande gelöst, alle Triebe entfesselt waren, kamen nur ganz vereinzelte Untaten vor, ebenso in dem fürchterlichen Inflationsjahr 1923. Ihre Häufung aber seit 1933 zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Schuld von Heßern und Verführern.

Wenn man aber schon die Frage einer Gesamtschuld des deutschen Volkes aufwirft, so darf man an der Tatsache einer gewissen Mitschuld der heutigen Ankläger nicht vorübergehen. Aus dem Tagebuch des amerikanischen Botschafters, William E. Dodd¹⁾, das die Jahre 1933—1937 umfaßt, ergibt sich der zwingende Beweis dafür, daß die Macht der Nationalsozialisten in Deutschland von Franzosen, Amerikanern und Engländern gestützt und gestärkt worden ist. Großindustrielle, Finanzleute und Staatsmänner jener Länder haben nach Dodds Zeugnis, genau wie sie früher den Faschismus in Italien und dann in Spanien förderten, mit Hitler nicht nur „arbeiten wollen“²⁾, sondern durch gerissene Propagandisten sogar versucht, „das Naziregime dem amerikanischen Publikum aufzuhängen“³⁾. Sie wollten „Hitler bei seinem Eroberungszug zur Beherrschung Europas gewähren lassen“⁴⁾, sie haben riesige Mengen von Kriegsmaterial, darunter die neuesten Kriegsflugzeugmodelle und die wichtigsten Rohstoffe wie Öl und Kupfer für die deutsche Aufrüstung geliefert⁵⁾, um hernach gegen die Aufrüstung zu protestieren, „nachdem sie für Millionen an Deutschland Waffen verkauft“ hatten⁶⁾. Es ist begreiflich, daß die Männer, die „auch blutbefleckte Hände drückten“, die trotz einem militärischen Schutz- und Trugbündnis die Tschechoslowakei verrieten, jetzt nicht gern an jene

¹⁾ Ambassador Dodd's Diary. Edited by William E. Dodd, Jr. and Martha Dodd, New-York 1941. Harcourt, Brace and Company. 3. Auflage, März 1941. Das Buch ist bis jetzt nicht ins Deutsche übersetzt.

²⁾ Dodd, a. a. O. S. 31.

³⁾ a. a. O. S. 131.

⁴⁾ a. a. O. S. 212, 309.

⁵⁾ a. a. O. S. 170, 176 ff., 201, 348, 401/2.

⁶⁾ a. a. O. S. 201/2.

schmachvollen Zeiten erinnert werden wollen. Aber auch die schändliche Komödie des „Nichteinmischungsausschusses“ während des spanischen Bürgerkrieges ist nicht vergessen. Was soll man zu einem Lord Lothian sagen, den nach Dodds Zeugnis die englische Kritik an Italien und Deutschland wegen ihrer Barbareien in Spanien ärgerte, zu einem Mann, der Dodd faschistischer schien als irgend ein anderer Engländer, dem er begegnet war? ⁷⁾. Was dazu, daß nach Dodds Meinung die französischen Munitionsfabrikanten Hitler zur Macht verholfen haben? ⁸⁾. Der deutsch-russische Vertrag vom August 1939 endlich hat es den Nationalsozialisten nicht nur ermöglicht, über Polen, Frankreich, Norwegen, Holland und Belgien herzufallen, er hat auch die illegale Opposition in Deutschland aus dem Geleise geworfen und ihr einen Schlag versetzt, von dem sie sich lange nicht erholen konnte. Leute, die den Verkauf von Waffen für wichtiger hielten als die Erhaltung des Weltfriedens, haben jetzt kein Recht, auf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Steine zu werfen. Die von deutschen Kriegsverbrechern begangenen Untaten müssen und werden gesühnt werden, darüber ist kein Zweifel erlaubt. Aber man hüte sich davor, die Opfer der Tyrannei mit den Verbrechern in einen Topf zu tun und die Deutschen samt und sonders zu Bösewichtern und Barbaren zu stempeln! Böcke und Schafe müssen voneinander geschieden werden. Das allein verdient den Namen Gerechtigkeit. Wenn aber die Alliierten die Mittel, die ihrer Weltanschauung gemäß sind, aufgeben und die ihrer Gegner anwenden, verlieren sie moralisch den Boden unter den Füßen.

V.

Der Großteil des deutschen Volkes ist nicht vom nationalsozialistischen Gift angesteckt. Er bedarf keiner „Umerziehung“. Eine Notwendigkeit dafür besteht allenfalls bei der mißbrauchten Jugend, die im nationalsozialistischen Ungeist gedrillt worden ist. Von ihr ist zu erwarten, daß sich nach dem Erwachen aus dem Gefühlsrausch der Rassenjammer einstellt, und daß die Besten verfluchen werden, was sie bisher angebetet haben. Eine erhebliche Schwierigkeit für jede Umerziehung liegt aber darin, daß die Nationalsozialisten verbrecherischer Weise die Jugend vielfach durch Gewährung schrankenloser sexueller Freiheit für sich gewonnen haben. Die Eindämmung der Zuchtlosigkeit und sittlichen Verwilderung wird durch den großen Frauenüberschuß, der nach diesem Kriege in Deutschland vorhanden sein wird, bestimmt nicht erleichtert werden.

Jede Umerziehung von außen her birgt wie alle Zwangserziehung die Gefahr in sich, daß sie innerem Widerstand begegnet und daher wirkungslos bleibt. Ohne die Mitarbeit der anständigen Deutschen selbst ist daher keine Befreiung vom nationalsozialistischen Ungeist, keine innere Er-

⁷⁾ a. a. D. S. 407.

⁸⁾ a. a. D. S. 407.

neuerung möglich. Anständige Deutsche sind in allen Ständen vorhanden. Sie finden sich in den Resten der früheren demokratischen Parteien und Gewerkschaften, bei den „Stillen im Lande“, die sich vor der lärmenden Herrschaft der Demagogen in ihre Schmollwinkel zurückgezogen haben, in den kirchlichen Kreisen beider Bekenntnisse, die unter dem Druck der Verfolgung das religiöse Leben geläutert und erneuert haben, bei vielen Emigranten, die das harte Brot der Verbannung essen mußten. Die Mitarbeit dieser Deutschen kann gewonnen werden, wenn man Deutschland nicht zu einem blutigen Stumpf verstümmelt, wenn man dem deutschen Volk sein Eigenleben läßt, ihm Vertrauen entgegenbringt und ihm eine Hoffnung für die Zukunft gibt.

Das Ziel der inneren Erneuerung darf nicht nur negativ, nicht nur auf die Austreibung des nationalsozialistischen Ungeistes gerichtet sein. Es gilt, die Deutschen der abendländischen Kulturwelt mit ihrer Dreieinigkeit des Geistes — der persönlichen Freiheit, des Humanismus und des Christentums — zu erhalten. Man muß sie nach der Erledigung ihrer Weltbeherrschungspläne in eine wahre Völkergemeinschaft eingliedern, sie in Werken des Friedens und der geistigen und sittlichen Kultur als Gleichberechtigte in Wettbewerb mit andern Völkern treten lassen. Es wird nicht leicht sein, den ins Unendliche strebenden gotischen Geist der Deutschen auf die zunächst liegenden bescheidenen Aufgaben zu lenken. Das Gottesgeschenk des Maßhaltens ist dem deutschen Volke versagt. Aber die bittere Erfahrung von zwei verlorenen Weltkriegen wird es endlich die Kunst des „Sichbescheidens“ lehren. Ausgebrannt werden aber muß der braune Giftstoff, ausgeleert werden das Sammelbecken des Bösen, aller aus den tiefsten Tiefen emporgequollenen verderblichen Triebe und Leidenschaften, die mit ihren giftigen Dünsten die Welt verpestet haben. Die unselige Lehre von der erlaubten Unmoral in der Politik, von dem Zweck, der auch das Mittel des verwerflichsten Angriffskrieges heilige, muß abgetan und abgeschworen werden.

Es ist kein freiwilliger Verzicht aus politischer Klugheit, wie ihn die Schweizer nach Marignano auf sich genommen haben. Er wird aber durch die furchtbarste Niederlage der deutschen Geschichte, die Schändung des deutschen Namens mit unerhörten Verbrechen, die unermesslichen Leiden des Luftkrieges erzwungen sein. Es ist wohl die bitterste Lehre, die je ein großes Volk empfangen hat. Auch die Wiederversöhnung mit anderen Völkern wird nach allem, was geschehen ist, ungeheuer schwer sein. Hier eine hilfreiche Hand zu leihen, sind Länder wie Schweden und die Schweiz berufen, die nicht von der Geißel des Krieges geschlagen sind. Sie können und sollen Wunden heilen und den Geist der Mäßigung und Versöhnung bei den Siegern ermutigen. Die Schweiz könnte nicht mehr ihres Lebens froh werden, wenn ihr großes Nachbarvolk im Norden zur Verzweiflung getrieben würde und jahrzehntelang ingrimmig an seinen Ketten rütteln müßte, um sie bei der erstbesten Gelegenheit zu zerbrechen. Nicht zu hassen,

sondern zu lieben ist sie da. Man darf von ihr erwarten, daß sie sich trotz den Vielen, die glauben, jetzt auch ihren Knüppel zum großen Scheitern haufen beisteuern zu müssen, in der deutschen Frage auf ihre europäische Aufgabe, auf sich selbst besinnt.

Nationales Anbauwerk und Schweizer Industrie

Von Willy Blattmann

Wie stand es bei Kriegsbeginn?

Als im September 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach und die Grenzen ringsum sich schlossen, galt unsere erste Sorge der militärischen Bereitschaft. Gleichzeitig aber stellte sich für Volk und Behörden auch die bange Frage: Wie werden wir auf unserem engen und kargen Raum Nahrung für ein Viermillionenvolk schaffen? Seither bedeutet der Kampf ums tägliche Brot auf wirtschaftlichem Gebiete unsere Hauptaufgabe.

Keine leichte Aufgabe! Sind wir doch — was unseren natürlichen Lebensraum und unseren Tisch anbetrifft — eine große und ... etwas verwöhnte Familie. Allzuleicht hatten wir uns daran gewöhnt, daß uns reiche und köstliche Nahrung aus aller Herren Länder zuströmte, mit allzu großer Selbstverständlichkeit hatten wir unsere Ernährungsbasis auf fremde Zufuhren gestützt; und nun waren wir über Nacht beinahe auf uns allein gestellt.

Man bedenke: Im letzten Vorkriegsjahre konnten wir nur unseren Bedarf an Milch und Käse durch unsere eigene landwirtschaftliche Produktion decken. Wie stark wir in allen übrigen lebenswichtigen Nahrungsmitteln von der Einfuhr abhängig waren, zeigt die folgende Tabelle:

	Bedarf 1938	Eigenproduktion 1938	
	in q	in q	in % vom Gesamtbedarf
Fleisch	1,942,000	1,893,000	97
Brotgetreide	6,560,000	2,451,000	27
Futtermittel	4,140,000	274,000	7
Speisefkartoffeln	4,300,000	3,525,000	80
Zucker	1,610,000	113,000	7
Butter, Fette, Öle	720,000	380,000	53

Dabei ist nicht berücksichtigt, daß wir beispielsweise unsern Verbrauch an Gemüse zu einem vollen Viertel durch Import decken mußten und daß andere wichtige Nahrungsmittel (Reis, Mais, Cacao usw.) sozusagen ausschließlich aus dem Ausland bezogen wurden. Hatten wir nicht allen Grund, besorgt zu sein?